

NABU: Umsetzung der EU-Agrarreform ignoriert wichtige Umweltziele

NABU: Umsetzung der EU-Agrarreform ignoriert wichtige Umweltziele
br />ebr />Bundesregierung muss Verwässerung der ökologischen Vorrangflächen verhindern

hongesichts der laufenden Verhandlungen zur Umsetzung der EU-Agrarreform in Deutschland fordert der NABU von der Bundesregierung ein klares Bekenntnis für eine naturverträglichere Agrarpolitik. Zuletzt hatte das Bundeslandwirtschaftsministerium einen Entwurf für das sogenannte Direktzahlungen-Durchführungsgesetz vorgelegt, das die wichtigsten finanziellen und umweltrelevanten Fragen regelt. "Der Entwurf ist aus Sicht des NABU gänzlich ungeeignet, den dramatischen Verlust an Vielfalt in den Agrarlandschaften aufzuhalten. Bei der Ausgestaltung der ökologischen Vorrangflächen und beim Schutz des Grünlands muss dringend nachgebessert werden. Nur so können artenreiche und ökologisch sensible Flächen besser erhalten werden", sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. bri/>Nach Ansicht des NABU widerspricht der Gesetzentwurf grundlegend den Brüsseler Reformbeschlüssen zur Ökologisierung der Agrarpolitik. Vor allem der umwelt- und klimapolitisch problematische Grünlandumbruch muss künftig stärker eingeschränkt werden. Ziel muss es sein, die Obergrenze des möglichen Grünlandumbruchs von fünf auf ein Prozent zu reduzieren. Ökologisch besonders wichtige Standorte wie Moorböden, Überschwemmungsflächen oder erosionsgefährdete Hanglagen müssen als Tabuflächen definiert und von jeglichem Umbruch ausgeschlossen werden.

sen />Auch im Hinblick auf ökologische Vorrangflächen muss der Gesetzentwurf erheblich nachgebessert werden. Ökologische Vorrangflächen sollen künftig auf fünf Prozent der Ackerflächen geschaffen werden und zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen. Aus diesem Grund müssen hier Pestizide und Düngemittel verboten werden, ebenso wie der Anbau von Zwischenfrüchten. "Ökologische Vorrangflächen können nur dann ihre Funktion erfüllen, wenn ihnen ein echter ökologischer Vorrang eingeräumt wird. Die derzeitigen Entwürfe bringen jedoch keinen Mehrwert für die Umwelt, sondern führen allenfalls zu einem zusätzlichen Kontrollaufwand", so Tschimpke.

- br />Darüber hinaus erinnerte der NABU die Bundesregierung an ihre Ankündigung, zusätzliche 200 Millionen Euro jährlich für Natur-, Umwelt- und Tierschutzleistungen zur Verfügung zu stellen. Das bislang vorgesehene Budget und die zum Teil ineffizienten Förderprogramme reichten bei Weitem nicht aus, die anspruchsvollen Umweltziele von EU, Bund und Ländern umzusetzen. Sollte eine Budgeterhöhung nicht möglich sein, muss stattdessen die Mittelumschichtung in den Bereich der ländlichen Entwicklung verdoppelt werden. "Nur durch eine ausreichende Mittelausstattung für ländliche Entwicklungsprogramme und durch vernünftige ordnungspolitische Vorgaben kann der anhaltende Verlust der biologischen Vielfalt gestoppt werden", so NABU-Agrarexperte Florian Schöne.
spir />Die gemeinsame Stellungnahme von NABU und dem Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL) finden Sie unter www.NABU.
cbr />
Naturschutzbund Deutschland e.V NABU
Charitéstraße 3

deutschland e.V NABU de/downloads/140211-nabu-stellungnahme-direktzahlungen.pdf />10117 Berlin
/>Deutschland
Felefon: 030/284 984-1510
br />Telefax: 030-284 984-2000
br />Mail: presse@NABU.de
br />URL: http://www.

nabu.de
-

Pressekontakt

Naturschutzbund Deutschland e.V NABU

10117 Berlin

presse@NABU.de

Firmenkontakt

Naturschutzbund Deutschland e.V NABU

10117 Berlin

nabu.de presse@NABU.de

Der Naturschutzbund Deutschland e.V. - NABU - möchte Menschen dafür begeistern, sich durch gemeinschaftliches Handeln für die Natur einzusetzen. Wir wollen, dass auch kommende Generationen eine Erde vorfinden, die lebenswert ist, die über eine große Vielfalt an Lebensräumen und Arten, sowie über gute Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und ein Höchstmaß an endlichen Ressourcen verfügt. Mehr als 390.000 NABU-Mitalieder setzen sich für die Natur ein - als aktive Umweltschützer oder engagierte Förderer. Sie sind in rund 1.500 lokalen Kreisverbänden und Ortsgruppen in ganz Deutschland organisiert und vornehmlich ehrenamtlich tätig.